



**Brüssel, den 30. November 2018
(OR. en)**

14518/18

POLGEN 217

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Die strategische Agenda voranbringen
Achtzehnmonatsprogramm des Rates (1. Januar 2019 – 30. Juni 2020)

Die Delegationen erhalten anbei das Achtzehnmonatsprogramm des Rates, das die künftigen Vorsitze (Rumänien, Finnland und Kroatien) und die Hohe Vertreterin, die den Vorsitz im Rat (Auswärtige Angelegenheiten) führt, erstellt haben.

Das Programm**I. EINLEITUNG**

Die drei Vorsitze übernehmen am Ende des laufenden institutionellen Zyklus die Verantwortung für die Lenkung der Arbeiten des Rates. Das Trio verpflichtet sich, einen reibungslosen Übergang zur nächsten Legislaturperiode sicherzustellen und wird im Rahmen seiner Zuständigkeiten alles tun, um diesen Prozess zu erleichtern. Die drei Vorsitze werden zu den neuen institutionellen Akteuren enge und konstruktive Beziehungen aufbauen, damit Arbeitsrhythmus und Gesetzgebungstätigkeit möglichst bald wieder der normalen Praxis entsprechen.

Zu Beginn ihrer Amtszeit wird die oberste Priorität des Trios der Abschluss der noch ausstehenden Dossiers der aktuellen strategischen Agenda sein, insbesondere derjenigen Dossiers, die in der Gemeinsamen Erklärung über die gesetzgeberischen Prioritäten der EU für den Zeitraum 2018-2019 aufgeführt sind. Zu Beginn des neuen institutionellen Zyklus werden die drei Vorsitze die Arbeiten des Rates entsprechend den Prioritäten der nächsten strategischen Agenda, die voraussichtlich 2019 angenommen wird, sowie unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Gipfeltreffens in Sibiu ausrichten.

Die drei Vorsitze unterstreichen die Bedeutung der gemeinsamen Werte der Union: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Sie betonen, dass sie sich dafür einsetzen werden, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen in das europäische Projekt zu stärken sowie Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum und Investitionen zu fördern. Das Trio wird besonderen Wert legen auf die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts sowie der diesem zugrundeliegenden Werte und gemeinsamen Ziele im Interesse der Entwicklung der Union in ihrer Gesamtheit. Das Trio unterstreicht die Notwendigkeit, das multilaterale System zu stärken und zu verstetigen und auch einer Förderung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung innerhalb und außerhalb der EU Aufmerksamkeit zu widmen. Die drei Vorsitze werden bemüht sein, durch die Förderung gemeinsamer und inklusiver Initiativen zum Nutzen aller Mitgliedstaaten Einheit und Konsens auf europäischer Ebene zu stärken.

Das Trio verpflichtet sich dazu sicherzustellen, dass die Europäische Union bürgernah, transparent und entsprechend den Grundsätzen der verantwortungsvollen Führung und der besseren Rechtsetzung handelt und so für eine bürgerorientierte Politik eintritt. Die drei Vorsitze werden sich auch dafür einsetzen, insbesondere bei jungen Menschen das Wissen über die EU zu vertiefen und das Bewusstsein für die bürgerorientierte Politik der EU zu schärfen.

Eine Zukunft mit 27 Mitgliedstaaten

Die drei Vorsitze werden alles tun, um sicherzustellen, dass die gesamte aus dem Brexit resultierende Arbeit effektiv und fristgerecht abgewickelt wird, und gleichzeitig die Einheit der 27 Mitgliedstaaten stärken.

Im Einklang mit der Erklärung von Rom werden die Vorbereitungen dafür getroffen, dass auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni 2019 eine neue strategische Agenda angenommen werden kann.

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027

Der Haushalt der Europäischen Union, wie er durch den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) bestimmt wird, ist ein wesentliches Instrument zur Verwirklichung unserer gemeinsamen Ziele und zur Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen.

Die drei Vorsitze verpflichten sich dazu, den Abschluss der Verhandlungen über den MFR für den Zeitraum 2021-2027 in enger Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Europäischen Rates zu erleichtern. Dies wird eine der Hauptprioritäten des Trios sein. Ferner werden die drei Vorsitze bemüht sein, die sektorspezifischen Dossiers im Zusammenhang mit dem MFR abzuschließen.

Die drei Vorsitze werden besonderes Augenmerk auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen traditionellen Politikbereichen und den gemeinsamen neuen Prioritäten und Herausforderungen legen.

Das Trio wird allen Legislativvorschlägen im Zusammenhang mit dem MFR 2021-2027 besondere Aufmerksamkeit und Anstrengungen widmen.

II. EINE UNION FÜR ARBEITSPLÄTZE, WACHSTUM UND WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Die EU erlebt das sechste aufeinanderfolgende Jahr der wirtschaftlichen Erholung, die in jedem einzelnen Mitgliedstaat spürbar ist. Dies eröffnet neue Möglichkeiten, die Reform des Binnenmarkts im Hinblick auf eine weitere Stärkung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu konsolidieren.

Binnenmarkt

Der europäische Binnenmarkt existiert nun seit über 25 Jahren und ist zu einem starken Motor für Wachstum, Investitionen und Handel innerhalb der EU geworden. Der Binnenmarkt hat auch eine starke globale Dimension, die die EU zugleich zu einem wettbewerbsfähigeren Handelspartner und einem attraktiveren Investitionsstandort macht. Über die Vollendung und wirksame Umsetzung der relevanten Strategien hinaus muss die EU weiterhin auf einen zukunftsfähigen und fairen Binnenmarkt hinarbeiten, der an das digitale Zeitalter angepasst ist und der Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Nachhaltigkeit begünstigt. Dabei ist es von größter Bedeutung, doppelte Qualitätsstandards innerhalb des Binnenmarkts zu vermeiden. Die drei Vorsitze verpflichten sich zur Umsetzung des Ergebnisses der Beratungen zur Agenda der EU-Führungsspitzen im Dezember 2018, gestützt auf den Sachstandsbericht der Kommission über die Umsetzung, Anwendung, und Durchsetzung der geltenden Rechtsvorschriften, die für das Funktionieren des Binnenmarkts von entscheidender Bedeutung sind, sowie auf die Bewertung der Kommission der noch bestehenden Hindernisse und der Chancen für einen uneingeschränkt funktionierenden Binnenmarkt.

Die EU braucht eine überzeugende Industriepolitik, und die drei Vorsitze werden die Beratungen über die langfristigen strategischen Ziele der EU in diesem Bereich fortsetzen. Ein reibungslos funktionierender Binnenmarkt fördert den Erfolg der europäischen Industrie. Es wird auch weiter hingearbeitet auf einen stärker integrierten Dienstleistungsmarkt, die digitale Wirtschaft einschließlich der Vollendung des digitalen Binnenmarkts, die Daten- und Plattformwirtschaft, die entsprechende digitale Infrastruktur, den operativen Rahmen zur Unterstützung der digitalen Transformation der europäischen Industrie und Unternehmen sowie die Freisetzung innovativer Kräfte dank künstlicher Intelligenz.

Der Binnenmarkt setzt die Vernetzung zwischen allen Mitgliedstaaten und Regionen der EU sowie zwischen der EU und ihren globalen Partnern voraus. Zu diesem Zweck sind die Verbesserung und Vollendung der transeuropäischen Netze, auch im Hinblick auf die EU-weite digitale Anbindung, ebenso wichtig wie die Vorbereitung auf die für 2023 geplante Überprüfung.

Eine der wichtigsten Prioritäten bleibt es, für eine gerechte und wirksame Besteuerung zu sorgen. Es besteht ein echter Bedarf, unsere Steuersysteme an das digitale Zeitalter anzupassen. In diesem Sinne werden die drei Vorsitze die Arbeiten an den Vorschlägen der Kommission zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft entsprechend den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates voranbringen. Auch die Arbeiten an allen weiteren ausstehenden Vorschlägen zur Besteuerung werden fortgesetzt; insbesondere werden sich die drei Vorsitze dafür einsetzen, Ergebnisse in Bezug auf das neue, endgültige Mehrwertsteuersystem zu erzielen.

Die Überprüfung der Umweltpolitik sollte fortgesetzt werden mit Blick auf umweltverträgliches Wachstum, Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie, Artenvielfalt und nachhaltige Wasserwirtschaft und insbesondere den Schutz und die nachhaltige Nutzung von Ozeanen und Meeren.

Die drei Vorsitze verpflichten sich, die Arbeiten an dem Vorschlag zur Reform der Sommerzeit-Richtlinie fortzusetzen.

Das Trio wird sich für die Förderung der makroregionalen Zusammenarbeit und makroregionalen Strategien einsetzen.

Unternehmergeist und Schaffung von Arbeitsplätzen

Die Förderung eines Klimas der unternehmerischen Initiative und der Schaffung von Arbeitsplätzen ist nach wie vor entscheidend, wenn es darum geht, einen Beitrag dazu zu leisten, dass Unternehmen in Europa florieren, insbesondere KMU, die Beschäftigung und Wachstum schaffen. Daher kommt es nach Auffassung des Trios darauf an, bei der Vorlage und Annahme von neuen Gesetzgebungsvorschlägen dem Prinzip "Vorfahrt für KMU" zu folgen, um die Interessen von KMU zu fördern.

Die Tatsache, dass die Arbeitslosigkeit gesunken und die Erwerbsbeteiligung gestiegen ist, kann als großer Erfolg verbucht werden. Dennoch sind weitere Anstrengungen erforderlich, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, junge Menschen dabei zu unterstützen, die für einen Einstieg in den Arbeitsmarkt erforderlichen Qualifikationen zu erwerben, und die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu steigern.

Es muss weiter auf eine bessere Positionierung der Tourismusbranche auf der EU-Agenda hingearbeitet werden, insbesondere mit Blick auf mehr Wachstum und Beschäftigung.

Investitionen

Auch wenn es unter anderem dank der Umsetzung der Investitionsoffensive für Europa teilweise gelungen ist, die Investitionslücke infolge der Wirtschaftskrise wieder zu schließen, ist eine Steigerung des Investitionsniveaus nach wie vor unabdingbar. Dazu muss ein Hauptaugenmerk nach wie vor auf die Förderung der Forschungs- und Innovationspolitik als Wachstumsquelle gelegt und mithin die Arbeit an den Programmen Horizont Europa und InvestEU fortgesetzt werden. Auch die Kohäsionspolitik spielt eine entscheidende Rolle bei der Steigerung von Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit. Eine modernisierte Gemeinsame Agrarpolitik der Zukunft wird einen Beitrag leisten zur Ernährungssicherheit, zum Umweltschutz, zur Anpassung an den Klimawandel und zum dauerhaften Erhalt der Existenzfähigkeit des ländlichen Raums. Eine Einigung über den MFR 2021-2027 und die damit zusammenhängenden sektorspezifischen Vorschläge ist eine wesentliche Voraussetzung für die Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen.

Wirtschafts- und Währungsunion

Die drei Vorsitze werden weiter auf eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) hinarbeiten. Das derzeitige Wirtschaftsklima sorgt für die Beruhigung, die erforderlich ist, um die WWU zu vertiefen und zu stärken und sie so widerstandsfähiger gegen Wirtschaftskrisen zu machen. Diesbezüglich kommt es entscheidend darauf an, die Verflechtung zwischen Staat und Banken aufzulösen, wobei gleichzeitig internationalen Entwicklungen Rechnung zu tragen ist. Es bedarf unter anderem weiterer Maßnahmen zur Stärkung der Bankenunion nach dem vereinbarten Grundsatz der Risikoverringern und Risikoteilung; dazu zählen Arbeiten an dem Vorschlag für ein europäisches Einlagenversicherungssystem, die Umsetzung der ESM-Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds sowie die Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion. Die Vorschriften des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollten vereinfacht werden. Zur Förderung des Beitritts zum Euro-Währungsgebiet bedarf es weiterer Arbeiten an dem vorgeschlagenen Reformhilfeprogramm, einschließlich des Konvergenzhilfeinstruments.

III. EINE UNION, DIE ALLE IHRE BÜRGERINNEN UND BÜRGER BEFÄHIGT UND SCHÜTZT

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger erwarten sich von der Europäischen Union mehr als nur wirtschaftliche Vorteile. Bildung (einschließlich des lebenslangen Lernens), Kultur, Sport und auf junge Menschen ausgerichtete Politiken sind nicht nur im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch für die Inklusivität und den Zusammenhalt unserer Gesellschaften wichtig. Die drei Vorsitze werden die Umsetzung von Politiken voranbringen, die darauf abzielen, die soziale Dimension zu stärken, das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage abzubauen und das Niveau des Sozialschutzes der Bürgerinnen und Bürger zu fördern.

Der heutige Arbeitsmarkt ist durch schnelle technologische Änderungen gekennzeichnet. Um die hohe Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität Europas beizubehalten, brauchen die europäischen Bürgerinnen und Bürger die richtigen Kompetenzen, die in dem neuen globalen Arbeitsumfeld gefordert sind. Dazu gehören Investitionen in Menschen und Bildung mit einem Schwerpunkt darauf, den künftigen Qualifikationsbedarf vorwegzunehmen, und die Entwicklung neuer grundlegender, relevanter und bereichsübergreifender Kompetenzen, einschließlich von Kompetenzen im Zusammenhang mit Digitalisierung, Cybersicherheit, Medienkompetenz, Robotisierung und künstlicher Intelligenz. Zusätzlich sollte die Entwicklung der Jugendarbeit und ihrer Qualität ebenso gefördert werden wie die Chancengleichheit für alle jungen Menschen. Außerdem kann die EU-Dimension in der Sekundarbildung stärker zur Geltung kommen. Den Verhandlungen über Erasmus, ein symbolträchtiges Programm für das europäische Projekt, wird intensive Arbeit gewidmet werden.

Das Trio wird besonderes Augenmerk auf die Unterstützung von Mobilität, Inklusivität und Exzellenz bei gleichzeitiger Förderung der europäischen Werte legen. Es müssen Entscheidungen getroffen und anschließend die Kooperationsrahmen der nächsten Generation in den Bereichen Bildung, Jugend, Kultur und Sport frühzeitig umgesetzt werden (etwa der Rahmen nach ET 2020 oder die neue EU-Strategie für die Jugend).

Chancengleichheit und soziale Inklusion müssen in allen Politikbereichen der EU gefördert werden, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter und des Gender-Mainstreaming, der sozialen Inklusion von Personen mit Behinderungen sowie der Unterstützung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, insbesondere Kinderarmut, wobei die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten geachtet werden müssen.

Im Gesundheitswesen sind weitere Anstrengungen erforderlich, um allen Bürgerinnen und Bürgern der EU den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, Patientensicherheit und -mobilität sicherzustellen sowie die Möglichkeiten zu nutzen, die sich durch neue Technologien in der Medizin eröffnen. Zur Bewältigung der Herausforderungen, die sich durch das demografische Defizit und die Alterung der Bevölkerung stellen, wird erneuertes Engagement erforderlich sein. Die Zusammenarbeit auf EU-Ebene auf dem Gebiet der Transplantation und Organspende kann gestärkt werden, um Leben zu retten.

IV. AUF DEM WEG ZU EINER ENERGIEUNION MIT EINER ZUKUNFTS-ORIENTIERTEN KLIMAPOLITIK

Die EU ist bei der Bekämpfung des Klimawandels und bei der Umweltpolitik weltweit einer der Vorreiter. Sie muss vor allem ihre Vorreiterrolle beim Erreichen der Ziele des Übereinkommens von Paris beibehalten und ausbauen, wobei Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, einschließlich der Frage der Klimaschutzfinanzierung, besondere Aufmerksamkeit zukommen sollte. Wichtig ist in dieser Hinsicht die Festlegung der langfristigen Strategie der EU für den CO₂-Abbau. Beim Übergang zu einer Wirtschaft mit niedrigen CO₂-Emissionen ist Handeln erforderlich, vor allem in Sektoren, in denen die Dekarbonisierung einen Rückstand aufweist, ebenso bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz, wobei den europäischen Bürgerinnen und Bürgern sichere und erschwingliche nachhaltige Energie zur Verfügung gestellt werden muss. Die Modernisierung der Wirtschaft und die durchgängige Berücksichtigung von Klimaschutzmaßnahmen sollten als wirtschaftliche Chance gesehen werden; dabei entstehen neue Arbeitsplätze und wird Wachstum herbeigeführt.

Die drei Vorsitze beabsichtigen, die Verhandlungen über das Paket "Saubere Energie" sowie die Verhandlungen über die Vorschläge im Rahmen der Mobilitätspakete, insbesondere zu Klimaschutzmaßnahmen, abzuschließen. Dabei werden sie auf den Rahmen der Energieunion aufbauen und einen Schwerpunkt auf die Integration der Energieunion in die jeweilige nationale Politik der Mitgliedstaaten sowie die Umsetzung integrierter Klimaschutz- und Energiepläne legen.

Im Einklang mit den gemeinsamen Klimaschutzzielen wird die Strategie zur langfristigen Verringerung der Treibhausgasemissionen der EU nach Maßgabe des Übereinkommens von Paris gefördert werden. Dementsprechend wird die führende Rolle der EU beim Kampf gegen den Klimawandel in den internationalen Klimaschutzverhandlungen gewährleistet werden. Im Rahmen der EU-Arktis-Politik ist die Verringerung von Rußemissionen wichtig.

V. EINE UNION DER FREIHEIT, DER SICHERHEIT UND DES RECHTS

Die derzeitigen strategischen Leitlinien für die Entwicklung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts kommen – ebenso wie der institutionelle Zyklus – zu einem Ende, und die drei Vorsitze setzen sich dafür ein, zügig mit neuen Leitlinien anzuknüpfen, die vom Europäischen Rat auszuarbeiten sind.

Bezüglich der Migration bedarf es eines umfassenden Ansatzes, der im Einklang mit unseren Grundsätzen und Werten wirksamere Kontrollen der EU-Außengrenzen, verstärkte externe Maßnahmen und interne Aspekte miteinander kombiniert. Dies ist eine Herausforderung nicht nur für einen einzelnen Mitgliedstaat, sondern für Europa insgesamt und auch über Europa hinaus. Diese politischen Maßnahmen müssen fortgeführt und verstärkt werden, um eine Wiederholung der unkontrollierten Migrationsbewegungen des Jahres 2015 zu verhindern und die illegale Migration über alle bestehenden und neuen Routen weiter einzudämmen. In den folgenden drei Bereichen muss die Arbeit vorangetrieben werden: eine verstärkte Kontrolle der EU-Außengrenzen, u. a. durch Stärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache, die Einführung eines neuen Informationssystems (EES, ETIAS) und die Umsetzung der erforderlichen Qualitätskontrollmechanismen und der Weiterentwicklung der Strategie für ein integriertes Grenzmanagement, wobei einem ausgewogenen Verhältnis zwischen der Sicherheit und der flüssigen Abwicklung des Grenzübertritts Rechnung zu tragen ist. Wenn die Herausforderungen an der Wurzel angepackt werden sollen, bedarf es auf dem Gebiet des auswärtigen Handelns einer echten Partnerschaft mit den Herkunfts- und Transitländern und einer festen Einbindung unserer auswärtigen Migrationspolitik in die allgemeinen bilateralen Beziehungen der EU mit Drittländern, um die Ursachen der Migration zu bekämpfen. Es muss weiter an der Verbesserung der Rückführungen gearbeitet werden, indem unter anderem Vorschläge für eine wirksamere und kohärentere europäische Rückführungspolitik unterbreitet werden und der Rahmen für legale Migration in Augenschein genommen wird, was auch den Bereich Neuansiedlungen betrifft. Die drei Vorsitze werden – im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates – ihre Aufmerksamkeit insbesondere der zentralen, der westlichen und der östlichen Mittelmeerroute widmen und gleichzeitig im Hinblick auf mögliche neue Routen wachsam bleiben. Die Zusammenarbeit mit Partnern in Afrika, der Region des Westbalkan und der Türkei und ihre Unterstützung haben weiterhin Vorrang. Im Zusammenhang mit internen Aspekten setzen sich die drei Vorsitze dafür ein, den Abschluss der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems anzustreben, wozu auch gehört, dass bei der Dublin-Verordnung ein Konsens erreicht wird.

Hinsichtlich der Förderung der inneren Sicherheit der EU treten die drei Vorsitze weiterhin dafür ein, dass die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit verbessert, das organisierte Verbrechen, einschließlich des Drogen- und Menschenhandels, bekämpft und der Kampf gegen den Terrorismus verstärkt wird, indem insbesondere Radikalisierung und Extremismus bekämpft und verhindert werden, unter anderem durch die Bündelung aller Anstrengungen zur Löschung von terroristischen Inhalten im Internet. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, muss die Interoperabilität von Informationssystemen weiter ausgebaut werden. Ein besonderes Ziel ist die Weiterentwicklung der erforderlichen Fähigkeiten zur Förderung der Cybersicherheit und zur Eindämmung von Cyberrisiken durch eine bessere grenzüberschreitende Koordinierung von Strafverfolgungsbehörden.

Das Trio betont sein Bekenntnis zum Schengen-System und bringt seine Absicht zum Ausdruck, sein angemessenes Funktionieren sicherzustellen und die Arbeit in allen Bereichen voranzubringen, die für die Erhaltung und Stärkung des Schengenraums als eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union erforderlich sind.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit im Bereich der Justiz betont das Trio, wie wichtig weitere Fortschritte bei der gegenseitigen Anerkennung sind. Das Trio setzt sich dafür ein, elektronische Beweismittel und den elektronischen Rechtsverkehr weiter zu fördern. Das Trio wird sich darüber hinaus auch mit der Tätigkeitsaufnahme der EUSTA und der verstärkten Zusammenarbeit mit dem OLAF beschäftigen.

Die drei Vorsitze werden Katastrophenschutzmaßnahmen fördern, einschließlich im Bereich der Verhinderung von Katastrophen.

VI. DIE UNION ALS STARKER GLOBALER AKTEUR

Die drei Vorsitze werden gemeinsam mit den Mitgliedstaaten eng mit der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsidentin der Europäischen Kommission zusammenarbeiten und sie dabei unterstützen, die vereinbarten Prioritäten der Globalen Strategie der EU voranzubringen, wobei die Kohärenz der außenpolitischen Maßnahmen der EU gewahrt wird und entsprechende Verknüpfungen zwischen den internen und externen Politikbereichen der Union gestärkt werden. Gemeinsam wollen sie sicherstellen, dass die Union für den Zeitraum 2021-2027 mit allen erforderlichen Mitteln und Rechtsinstrumenten ausgestattet ist, um diese Aufgaben zu erfüllen. Sie werden die aktive und engagierte Unterstützung der Mitgliedstaaten für die Außen- und Sicherheitspolitik der Union einfordern und die Hohe Vertreterin/Vizepräsidentin dabei unterstützen, auf der Grundlage einer gemeinsam durchgeführten Ermittlung der gemeinsamen Interessen und auf der Grundlage gegenseitiger politischer Solidarität nach mehr Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten zu streben.

Diese Schwerpunktbereiche umfassen Folgendes:

Die drei Vorsitze bekräftigen ihr Engagement für eine Politik der Erweiterung, die nach wie vor ein zentraler Politikbereich der Europäischen Union ist, insbesondere hinsichtlich der Schaffung einer glaubwürdigen Erweiterungsperspektive – innerhalb der vereinbarten Parameter – für den Westbalkan. Die Türkei ist ein Bewerberland und bleibt ein wichtiger Partner der EU. Die Erweiterungspolitik stellt nach wie vor eine strategische Investition in Frieden, Demokratie, Wohlstand, Sicherheit und Stabilität in Europa dar. Das Bekenntnis zu den zentralen europäischen Werten und ein entsprechendes Engagement stellen eine bewusste politische Entscheidung dar und sind für alle Partner, die eine EU-Mitgliedschaft anstreben, von entscheidender Bedeutung. Die drei Vorsitze bekräftigen, dass im Einklang mit dem erneuerten Konsens über die Erweiterung eine faire und strikte Konditionalität und der Grundsatz der Beurteilung nach den eigenen Leistungen gewahrt werden müssen, wobei die Fähigkeit der EU in allen ihren Dimensionen zur Aufnahme neuer Mitglieder zu berücksichtigen ist. Das Trio begrüßt die Ankündigung Kroatiens, während seines Vorsitzes zu einem Gipfeltreffen EU-Westbalkan einzuladen. Das Trio betont erneut, wie wichtig eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit in außenpolitischen Fragen ist und erwartet eine stärkere Angleichung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP).

Die Förderung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen zwischen der Union und ihren Nachbarländern im Osten und Süden: Die drei Vorsitze werden eng mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin zusammenarbeiten und ihre Arbeit unterstützen, langjährige politische Spannungen zu überwinden, die Widerstandsfähigkeit der Partner gegenüber externem Druck zu stärken und ihre Fähigkeit, ihre eigenen diplomatischen Entscheidungen zu treffen, zu gewährleisten. Der auf Grundsätzen basierende einheitliche Ansatz in der Politik gegenüber Russland wird aufrechterhalten werden. Der Dreivorsitz wird kooperative Ansätze verfolgen, um die Sicherheit der EU-Grenzen zu erhalten und die gemeinsamen Herausforderungen der Migration zu bewältigen.

Die Stärkung und Aufrechterhaltung eines regelbasierten multilateralen Systems mit den Vereinten Nationen als Mittelpunkt: Dies wird unter anderem Folgendes umfassen: übergreifendes Arbeiten bezüglich der innen- und außenpolitischen Maßnahmen der EU zur Umsetzung der Agenda 2030, einschließlich der Ziele für nachhaltige Entwicklung; die Förderung der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und der Rechtstaatlichkeit; die Einhaltung der Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris, wobei auch deren Einhaltung durch die übrigen Vertragsparteien sichergestellt wird; Folgemaßnahmen zum globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration und zum globalen Pakt für Flüchtlinge sowie die Stärkung der globalen Regelungen für Abrüstung und Nichtverbreitung und die Stärkung von Übereinkünften – wie der Atomvereinbarung mit Iran, – die zur Sicherheit der Union beitragen. Die Union wird die VN-Reform begleiten und unterstützen und sich für die Wahrung der Glaubwürdigkeit und Kapazität von wichtigen VN-Agenturen einsetzen. Die drei Vorsitze werden dazu beitragen, dass die führende Rolle der EU in der Entwicklungspolitik und der humanitären Hilfe bestehen bleibt. Vor dem Hintergrund wachsender Handelsspannungen werden die drei Vorsitze weiterhin dafür eintreten, das regelbasierte multilaterale Handelssystem aufrechtzuerhalten und zu vertiefen und sich unter anderem für die Modernisierung der WTO einsetzen. Die drei Vorsitze werden die Aushandlung von ambitionierten, ausgewogenen und für alle Seiten vorteilhaften Handelsvereinbarungen von hoher Qualität mit wichtigen Partner weltweit unterstützen, die zugleich von politischen Abkommen flankiert werden, die die Werte und Standards der EU fördern und eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei Fragen von gemeinsamen Interesse bewirken. Sie betonen auch, wie wichtig die Umsetzung von Abkommen sowie stärkere Verknüpfungen zwischen externen Wirtschaftsbeziehungen und dem Binnenmarkt sind.

Die Stärkung von kooperativen regionalen Ordnungen: Zu diesem Zweck werden die drei Vorsitze eng mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin zusammenarbeiten und diese dabei unterstützen, engere Verbindungen zwischen den Regionen herzustellen. Diese sollen die bilateralen Beziehungen der EU ergänzen und stärken, unter anderem in Afrika, in Lateinamerika, in der Karibik, in Asien und in der arabischen Welt. In diesen Bereich fällt auch der Abschluss von Verhandlungen über neue regionale Abkommen mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern im Hinblick auf eine Modernisierung der Beziehungen mit jeder Region, wobei gleichzeitig der gesamte AKP-Rahmen aktualisiert wird. Darüber hinaus gilt es die Chancen zu nutzen, die sich durch strategische Veränderungen in Asien ergeben, wobei zugleich dafür zu sorgen ist, dass die Union für die potenziellen Herausforderungen gerüstet ist. Dazu zählt insbesondere die Umsetzung neuer Strategien für Indien und für Zentralasien, die Neubelebung der Umsetzung der EU-Strategie gegenüber China, ein intensiveres sicherheitspolitisches Engagement für gleichgesinnte Länder, die Anerkennung der strategischen Bedeutung der europäisch-asiatischen Konnektivität sowie der Abschluss der derzeit laufenden wichtigen Handels- und Investitionsverhandlungen. Die Union wird ihre Vision für eine erneuerte Partnerschaft mit Afrika, Lateinamerika und der Karibik umsetzen.

Der Erhalt der transatlantischen Partnerschaft und das Schmieden von Koalitionen mit gleichgesinnten fortgeschrittenen Volkswirtschaften: Die transatlantische Partnerschaft ist nach wie vor der Eckpfeiler für Sicherheit und Wohlstand auf beiden Seiten des Atlantiks. Die EU wird diese Beziehung sowohl auf föderaler Ebene als auch auf allen übrigen geeigneten Ebenen weiterhin fördern. Andere fortgeschrittene Volkswirtschaften teilen das Interesse der Union an einem wirksamen, regelbasierten System, an Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Demokratie; deshalb soll die Zusammenarbeit mit ihnen ausgeweitet werden, um eine Zukunft auf Grundlage dieser gemeinsamen Interessen zu gestalten. Dazu gehört auch die Begründung einer sehr engen Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich nach dessen Austritt aus der EU.

Weitere Fortschritte im Bereich Sicherheit und Verteidigung der EU bei gleichzeitiger Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und der NATO: Während in den ersten Jahren der Umsetzung der Globalen Strategie der EU die großen Entscheidungen getroffen wurden, werden die Vorsitze die Hohe Vertreterin nun bei der erfolgreichen Umsetzung der SSZ unterstützen, darunter die Prüfung der Frage der Beteiligung von Drittländern, die Durchführung des Verfahrens zur koordinierten jährlichen Überprüfung der Verteidigung und die Gewährleistung der Kohärenz und der Abstimmung der Entwicklung der Verteidigungskapazitäten auf die vereinbarten Prioritäten der EU. Die Vorsitze betonen, wie wichtig die Umsetzung des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich und weitere Fortschritte beim Europäischen Verteidigungsfonds sind. Die Vorsitze werden Fortschritte bei der militärischen Mobilität und der Stärkung der Fähigkeiten der EU und der Mitgliedstaaten zur Abwehr von hybriden und Cyberbedrohungen unterstützen. Außerdem werden sie bezüglich der Stärkung des MPCC und der Neubelebung der zivilen GASP eng mit der Hohen Vertreterin zusammenarbeiten und ihre Arbeit unterstützen.

In einem sich schnell wandelnden und konfliktreichen globalen Umfeld muss die Union über wirksame Arbeitsmethoden verfügen und die erforderliche Widerstandsfähigkeit entwickeln, um direkten Bedrohungen ihrer Interessen sowohl in Europa als auch in Drittländern begegnen zu können. Die drei Vorsitze werden bei der gesamten Bandbreite der Fragen, die sich dadurch stellen, mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin zusammenarbeiten. Dazu kann beispielsweise eine Verbesserung des Verfahrens zählen, wie die Lage von Ländern vor wichtigen politischen Entscheidungen gemeinsam beurteilt wird, eine bessere Verknüpfung von Finanzierungsinstrumenten und politischen Prioritäten und eine weitere Verbesserung der strategischen Kommunikation und Entscheidungsfindung. Sie werden stärkere Kapazitäten der Union für Konfliktverhütung, Mediation und Friedenskonsolidierung unterstützen. Darüber hinaus wird die Union aus Überzeugung zwar multilaterale Lösungen für gemeinsame Probleme suchen, sie wird aber auch ihre Fähigkeit stärken müssen, ihre Interessen gegebenenfalls autonom zu verteidigen. Schließlich werden die drei Vorsitze sehr eng mit der Kommission und der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin zusammenarbeiten, um die Kohärenz von internen und externen politischen Strategien für eine Union, die schützt, sicherzustellen.